Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 70 Pfg., bei lokalen Anzeigen 50 Pfg. Reklamezeile 7,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 7.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 234 — Donnerstag, den 6. Oktober 1921 — 49. Jahrgang

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 5. Oktober.)

Die zweite Beratung des Handelshaushaltes wird fortgesetzt. Abg. Esser (Zentr.): Das Ultimatum ist unerfüllbar. Die Regierung muß aber in der Erfüllung des Möglichsten unterstützt werden. Den kommunistischen Antrag auf Beseitigung des Staatskommissars an der Börse lehnen wir ab. Der Kommissar kann sehr wohl wertvolle Dienste leisten. Das Berliner Beispiel zeigt, daß die Sozialisierung und Kommunalisierung nichts erreicht hat für die Verbilligung der Lebensmittel. (Widerspruch bei den Soz.) Die Lehrlinge hält man am besten von der Politik fern. Wir stimmen den Anträgen auf Verbesserung der beruflichen Ausbildung und des Verkehrswesens zu, ebenso dem demokratischen Antrag auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verhütung von Katastrophen, wie wir sie in Oppau erlebt haben.

Reichsminister Fischbeck

führt zunächst die Gründe an, welche das Fortbestehen des preußischen Handelsministeriums erforderlich machen, wozu als ein wesentlicher Punkt die Arbeit für den Reichsrat, vor allem in Fragen des Friedensvertrages, gehöre. Sodann geht der Minister auf die Wünsche der besetzten Gebiete ein und besonders Oberschlesiens. Hier können die Franzosen ihren guten Willen, den der französische Delegierte Noblemaire in Genf betont hat, beweisen. Eine Teilung des oberschlesischen Wirtschaftsgebietes macht das Weiterleben der einzelnen Teile unmöglich. Ueber die Wiesbadener Abmachungen, die nicht in ihrem ganzen Umfange bekannt sind und aus guten Gründen noch nicht bekanntgegeben werden können (Sehr richtig! links) zu sprechen, hält der Minister für mißlich. Wenn befürchtet wird, daß bei Vergebung der Reparationsaufträge für das mittlere Gewerbe und das Handwerk kein Raum übrig bleibt, so wird hier zu schwarz gesehen. Wenn die Franzosen zu neuen Abmachungen schreiten, so veranlaßt sie dazu ihr eigenes Interesse. Ich ziehe nicht aus dieser oder jener in humaner Form geführten Verhandlung den Schluß, daß nun die Morgenröte einer friedlichen Annäherung gekommen. Die Geschichte der Kulturvölker zeigt aber, daß eine kommerzielle Annäherung auch auf das politische Gebiet übergreift. Von großer Bedeutung ist es, wenn unsere Industrie Beschäftigung findet durch Heranziehung zu Sachleistungen. In der Frage der Börsenspekulation stimme ich der Kritik zu, daß der Hauptteil der Schuld an dem neuerlichen Rückgang der Mark auf die Ultimatumsverpflichtungen entfällt. Daraus zeigt sich das Sinken der Mark. Es ist ein Unsinn der chauvinistischen Zeitungen des Auslandes, die behaupten, dieses Sinken sei auf Machinationen der deutschen Regierung zurückzuführen, die es zum Bankerott kommen lassen will, um der Leistungen ledig zu werden. Dann würde sie mit Frankreich nicht über neue Abkommen verhandeln. Wir wollen versuchen, das Möglichste zu leisten. Die preußische Regierung steht dabei hinter der Reichsregierung. Der Grund für das Sinken der Mark bestand einmal in dem Tun derjenigen, die den Glauben an die Mark verloren haben und nach Möglichkeit Sachwerte zu erreichen suchen, und dann in der blinden Spekulationswut derer, die aus dem allgemeinen Elend Kapital schlagen wollen. Wenn Frau Ludewig den Börsenkommissar einfach hinausbefördern will, so vergißt sie, daß dieser Posten im Reichsbörsengesetz festgelegt ist. Seine Aufgaben sind im § 2 des Gesetzes enthalten. Seine Abschaffung würde uns auch nicht der Gehaltszahlung entheben. Eine Diktatur des Börsenkommissars würde andererseits außerordentlich unheilvoll sein. Uebelstände können nur durch Gesetze oder Verordnungen beseitigt werden. Dabei können die Beobachtungen des Börsenkommissars wesentliche Berücksichtigung finden. Mit dem Reiche finden Verhandlungen statt, an denen die preußische Regierung hervorragenden Anteil nimmt. Mit einer Eisenbarkur kann allerdings kaum geholfen sein. Nun der Handel mit Devisen. Die Preise für Exportwaren durchweg in fremden Devisen festzusetzen, geht nicht an. Man kann den deutschen Exporteuren nicht das Risiko der Devisenschwankungen auferlegen. Außerdem würden die 60 bis 80 Milliarden deutscher Noten und Wertpapiere im Auslande an Wert erheblich verlieren und die Papiermark weiter fallen. Ernst zu erwägen sind die Vorschläge, das Privatpublikum von dem Ankauf von Devisen und Noten völlig fernzuhalten. Der private Devisenschacher ist nichts als Jobberei. (Lebhafte Zustimmung.) Man kann wohl den Plan erwägen, die Bankiers zu verpflichten, von dem Privatkäufer eine Bescheinigung über den Ankauf zu verlangen, um diese dem Finanzamt vorzulegen, damit die Steuerpflicht nach dem Einkommensteuergesetz Platz greift. Ueber den Handel mit unnotierten Werten sind besonders beachtenswerte Vorschläge, mit der Vergebung von Eintrittskarten zur Börse zurückhaltender zu verfahren, damit gewisse Elemente ausgeschlossen werden. Ich habe mich mit dem Zentralvorstand der deutschen Banken in Verbindung gesetzt, um gegen die Auswüchse vorzugehen. Aber auch bei Beseitigung dieser Uebelstände bleibt doch das große Problem der Entwertung der Mark bestehen. (Sehr wahr!) Erst wenn das Ausland zu der Erkenntnis kommt, daß es sich mit den Forderungen des Versailler Vertrages und dem Ultimatum in das eigene Fleisch schneidet, erst dann kann eine Wendung eintreten. Der Minister sprach sich weiter aus über das, was zur Verbesserung der Verhältnisse im Handwerk geschehen sei. Er erwähnte ferner das neue Handelskammergesetz und das Gesetz über die Wirtschaftsprovinzen. Er hob hervor, welche erhebliche Leistungen an Wagengestellung zu verzeichnen seien. Gewarnt werden müsse davor, aus dem Unglück von Oppau Kapital für politische Zwecke zu schlagen. Zum Schluß wies der Minister die Vorwürfe zurück, die gegen ihn im Falle Rahardt erhoben worden seien. Er habe nicht eher einschreiten können, ehe zeugeneidlich bekräftigtes Material vorgelegt worden sei. Im übrigen betreffen die Unregelmäßigkeiten nicht Unterschlagungen in der Handwerkskammer. Ueber die Stilllegung der Höchster Farbwerke könne noch nichts gesagt werden. Jedenfalls erscheinen nach dem ihm gewordenen Mitteilungen die Behauptung unzutreffend, die Belegschaft sei unter nichtssagenden Vorwänden entlassen worden.

Abg. Jansen-Barmen (Deutschnatl.): Das Handwerk verträgt es nicht, daß Fleiß und Sparsamkeit besteuert werden. Abendunterricht Jugendlicher wünschen wir nicht, aber die Achtstundenarbeit darf durch die Fortbildungsschulen nicht noch geschmälert werden. An den Pranger mit den Wucherern und Schiebern! Die Preissteigerung für Kartoffeln ist selbstverständlich, solange der Landwirt teure Futtermittel für die billige Mark kaufen muß. (Widerspruch links und Rufe: Freie Wirtschaft!) Das Hamstern, die Großeinkäufe Unberufener usw. trägt die Hauptschuld an den Preissteigerungen. Die Bauern sind gezwungen worden, nach den unvernünftig niedrigen Preisen der Zwangswirtschaft den Verlust wieder herauszuholen. Gegen die Ausrüchse der Börse können unsere Polizeiorgane nicht eingesetzt werden. Den Auswüchsen im Warenhandel, besonders auf der Straße, muß unter Umständen mit polizeilichen Maßnahmen zu Leibe gegangen werden. — Abg. Bayer-Waldenburg (D. Vp.): Die Meisterlehre ist der Fabriklehre vorzuziehen. In ihr kann der Lehrling sein Wissen mehr erweitern, als in der Fabrik. (Anhaltender Lärm bei den Kommunisten.) Die Vorwürfe der Frau Hanna gegen die Handwerksmeister muß ich zurückweisen. Für das Handwerk ist der Achtstundentag kein Segen. Die Vorgänge auf den Höchster Farbwerken waren doch wesentlich anders, als der sozialdemokratische Redner sie dargestellt hat. In den Leunawerken werden wesentlich andere Stoffe hergestellt, als in Oppau.

Donnerstag: Weiterberatung.

Parteivertreter bei Stegerwaldt.

(W) Heute vormittag kommen die Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung beim preußischen Ministerpräsidenten Stegerwaldt zusammen. Es soll der Versuch gemacht werden, aus den von den einzelnen Parteien aufgestellten Mindestforderungen die Grundzüge eines gemeinsamen Regierungsprogramms herauszuarbeiten. Demokraten und Zentrum sollen beabsichtigen, die Frage der Abfindung der Hohenzollern sachlich zu regeln. — Die Germania meint, daß irgendwelche Entscheidung von diesen Verhandlungen nicht zu erwarten sei. Vor der nächsten Woche sei mit einer Entscheidung nicht zu rechnen. Auch im Reiche dürften die Verhandlungen Mitte der nächsten Woche in ein entscheidendes Stadium treten.

Die Bedingungen der preußischen Sozialdemokraten.

(TU) Die von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion aufgestellten Forderungen zur heutigen Konferenz bei Stegerwaldt werden in den „Pol.-Parl. Nachr." wie folgt formuliert: 1. Anerkennung und Verteidigung der Republik. 2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes und Staat und Gemeinden. 3. Demokratisierung und Republikanisierung der Polizei. 4. Sicherung und Ausbau der sozialistischen Gesetzgebung. 5. Eine grundlegende Justizreform. 6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes. 7. Schärfste Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushalts. Hierzu bemerkt das Berl. Tagebl., es glaube nicht, daß diese sehr allgemein gehaltenen Forderungen auf Widerstand stoßen werden. Zentrum und Demokraten werden eine Reihe unserer Punkte zur Sprache bringen. Von den Demokraten werde besonders eine Vereinbarung über die Abfindung der Hohenzollern auf dem Wege der Gesetzgebung gefordert werden.

(W) Der „Vorwärts" veröffentlicht die Antwort der Reichstagsfraktion des Zentrums auf die sozialdemokratische Anfrage wegen des Beitritts der USPD. zur Regierung. In der Antwort heißt es, daß eine Antwort der Zentrumsfraktion erst dann gegeben werden könne, wenn feststehe, ob die USPD. für eine Erweiterung nach rechts stimmen würden und ob sie bereit sei, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Die Lockerung der Getreidewirtschaft.

Zur Rechtfertigung der Gründe, die im letzten Sommer zur teilweisen Aufhebung der Getreidewirtschaft geführt haben, bringt „Der Deutsche" unter der Ueberschrift: „Freie Getreidewirtschaft und Preiswucher" die nachstehenden treffenden Sätze:

„Betrachtet man die Sache objektiv, weshalb man noch gar kein Anbeter der Landwirte zu sein braucht, so muß man sich doch zunächst die Frage vorlegen, welche Gründe denn maßgebend gewesen sind, daß die Getreidezwangswirtschaft bis zu einem gewissen Grade aufgehoben wurde. Hier sei zunächst bemerkt, daß man im letzten Jahre von „Zwangsbewirtschaftung" überhaupt kaum mehr reden konnte, da von der Reichsgetreidestelle kaum mehr erfaßt worden ist, als in diesem Jahre das Umlageverfahren durch Selbstverwaltung aufbringen muß. Was aber noch wichtiger ist, die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle in Höhe von über einer Milliarde können dem Reich erspart bleiben. Der Hauptgrund für die neue Reglung aber war, eine Steigerung der Inlandproduktion herbeizuführen, um nicht mehr die gewaltigen Milliarden für die Einfuhr von Auslandsgetreide durch das Reich aufbringen zu müssen, die ja letzten Endes doch von den Konsumenten aufgebracht werden, da sie auf die Dauer bei dem heutigen Finanzelend vom Reich wohl kaum getragen werden können. Es könnte nun der Einwand erhoben werden, daß man das auch alles hätte regeln können, ohne die Preise in die Höhe zu schrauben. In der Theorie ja, in der Praxis aber nicht, es sei denn, daß alle Landwirte Idealisten, keine Egoisten wären, und kein Unterschied bestünde zwischen Inland- und Weltmarktpreis. Außerdem müßten vorher alle Schieber und Spekulanten mit einem Schlage ausgerottet werden. Dazu fehlen leider bis heute noch die Voraussetzungen. Man kann mit Fug und Recht bezweifeln, ob die Bevölkerung bei einem Weiterbestehen der Scheinzwangswirtschaft tatsächlich billigeres Brot gehabt hätte. Folgende Zahlen dürften das beweisen: Bis zum 15. August kostete die Tonne Inlandgetreide (Roggen) 1400 Mark, der Doppelzentner also 140 Mark, Auslandgetreide dagegen über 4000 Mark, das ist der Doppelzentner über 400 Mark. In der jüngsten Vergangenheit, wo so gewaltige Unterschiede zwischen In- und Auslandspreisen bestanden, haben wir ja beobachten können, wie sich Inlandware ganz still und leise in „Auslandware" verwandelte und selbstverständlich auch nur zu hohen Preisen zu haben war. Wenn man nun bedenkt, daß nur ganz wenige mit ihrer gesetzlichen Ration auskamen und infolgedessen so „hintenherum" ihren Bedarf deckten, sei es durch eine Hamsterfahrt, sei es durch Ankauf eines „markenfreien" Brotes aus „Auslandmehl" oder durch Ankauf von Brotmarken, so werden die breiten Volksmassen bei Zusammenfassung ihrer Jahresausgabe für Brot herausfinden, daß das Brot schon immer so teuer war. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, wieviel Zeit und Fahrgeld dafür aufgewandt werden mußten und wieviel von den gehamsterten Mengen den Behörden durch Beschlagnahme verfallen ist. Wer hat nicht selbst des öftern an den Bahnhöfen die häßlichen Szenen mit angesehen, wo kleine Leute sich für 400 bis 500 Mark einen Zentner erstanden hatten und den ohne Entschädigung der Behörde abliefern mußten, ja teilweise noch obendrein bestraft wurden.

Unheilvoller wirkten noch die Futtermittelpreise. Rein menschlich und vom Standpunkt der Materialisten besonders war es zu verstehen, wenn der Landwirt, statt für den Doppelzentner Mais über 300 Mark zu zahlen, sein eignes Getreide zu 140 Mark verfütterte. Aehnlich lag es mit den deutschen Oelkuchen, die aus ausländischen Oelsaaten geschlagen wurden. Alle diese Gesichtspunkte waren ausschlaggebend, daß der Reichswirtschaftsrat einschließlich der Sozialdemokraten die Reichsregierung und den Reichsrat dahin begutachteten, daß die jetzigen Preise eingeführt wurden. In diesem Falle hat es sich recht drastisch gezeigt, daß der Wirtschaftssozialist ein andrer ist als der Parteisozialist, selbst in Personalunion.

Deutsche Offiziere vom Kriegsgericht in Lille verurteilt.

Das Kriegsgericht in Lille verurteilte Dienstag noch eine Reihe deutscher Offiziere und Soldaten in Abwesenheit. Drei Offiziere wurden zum Tode verurteilt, nämlich Major Haurstel (nach einer Havasmeldung Haertel) Kommandant von Cateau, weil er 1916 5 Einwohner von Cateau ohne Urteil habe erschießen lassen, den Offizier Kamrath, der beschuldigt wurde, im Dezember 1914 den Lehrer Leon Eloi in Beaubin ermordet zu haben und Leutnant Pfeiffer wegen angeblichen Totschlages, Mißhandlungen und Einäscherung des Dorfes Tamines in Belgien, wo 320 Einwohner auf seinen Befehl erschossen worden sein sollen. Weitere neun Offiziere und Mannschaften wurden zu Zuchthaus- und anderen Strafen verurteilt, darunter die Soldaten Hertz und Rasse zu lebenslänglicher Zwangsarbeit wegen angeblichen Totschlages und Mißhandlung, begangen an Vignehies und Hellemmes, der Gendarmeriewachtmeister Ganslowett, die Gendarmen Geiger, Fritz Kopp und Kaicher und Leutnant Fischer.

Ueber das Tragen der Militäruniform.

In den jetzt vom Reichskanzler erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend das Verbot des Tragens der Militäruniform vom 30. 8., wird bestimmt, daß die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dieses Recht in folgenden Fällen ausüben dürfen: a) bei Kirchgang an hohen kirchlichen, gesetzlichen Feiertagen, b) bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Jubiläen, c) bei Leichenbegängnissen von Kameraden, d) bei Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften von Reichswehrangehörigen, e) bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich derer der zuständige Wehrkreiskommissar (Marinestationschef) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt. Die Uniform muß mit den den ehemaligen Heeres- und Marineangehörigen vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboten ist das Tragen von Bändern, Armbinden, Vereinsabzeichen und dergl., deren Tragen zur militärischen Uniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Die Bekleidungsbestimmungen, die für im Dienste der Friedenskommissionen stehenden inaktiven Offiziere gegeben sind, werden hiervon nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Das Urteil im Köthener Kommunistenprozeß.

(TU) In den am 23. September vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts begonnenen Verhandlungen gegen die 22 Köthener Kommunisten, die versucht hatten, eine Räterepublik zu errichten und deshalb wegen des gemeinsamen Unternehmens, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern (Vergehen gegen § 81, 82 des Reichsstrafgesetzbuchs) angeklagt waren, wurde gestern nachmittag das Urteil gesprochen. Es erhielten die Angeklagten Berg und Boas je 6 Jahre, Richard 5 Jahre, Paull und Kohl je 4 Jahre Festungshaft. Die übrigen Angeklagten wurden zu Strafen von einem Jahre bis zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt mit Ausnahme des Angeklagten Rönnecke, der wegen räuberischer Erpressung 5 Jahre Gefängnis erhielt. 5 Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Kreistagsmehrheit des Landkreises Hamm fordert den Rücktritt des Landrats.

Hamm, 6. Okt. Der Kreistag des Landkreises Hamm nahm gestern nach mehr als zweistündiger Aussprache mit den Stimmen der gesamten Linken einschließlich der Stimmen der Demokraten einen Antrag an, der dem Landrat Schulze-Pelkum das Mißtrauen ausspricht und seinen Rücktritt verlangt. Der Antrag soll dem Minister des Innern unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden. Zur Begründung des Antrages nahmen mehrere Mitglieder der Linken das Wort und führten aus, daß der Landrat sich in seiner Tätigkeit als höchster Kreisbeamter zahlreiche Verstöße habe zuschulden kommen lassen. Insbesondere wurde ihm eine Verbindung mit den in den Kreisen Hamm und Soest aufgedeckten Bestrebungen zur Bewaffnung der Landbevölkerung vorgeworfen. Landrat Schulze-Pelkum widerlegte in längeren Ausführungen die ihm gemachten Vorwürfe, was jedoch den Sprecher der Demokraten nicht überzeugen konnte, der aus der Redewendung des Landrates „die gegenwärtige Verfassung" dessen Verfassungsfeindseligkeit feststellen zu können glaubte und im Namen seiner Parteifreunde für den Antrag plaidierte. Ein Zentrumsantrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Untersuchung der Amtshandlungen des Landrats wurde abgelehnt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 6. Oktober. (Verschiedenes.) Es herrscht in weiten Kreisen Unklarheit darüber, **bis zu welcher Gehaltsgrenze Angestellte außer zur Angestelltenversicherung auch zur Invalidenversicherung Beiträge zu zahlen haben.** Dazu sei bemerkt, daß Angestellte auch nach der neuesten Gesetzgebung nur dann gleichzeitig invalidenversicherungspflichtig sind, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt. Es empfiehlt sich jedoch, die aus den Beiträgen zur Invalidenversicherung erworbene Anwartschaft durch Zahlung freiwilliger Beiträge aufrecht zu erhalten. Die Bestimmung, daß bei einer gewissen Gesamthöhe der Bezüge das Ruhegeld der Angestelltenversicherung neben Renten aus der Invalidenversicherung ruht, wird voraussichtlich demnächst beseitigt werden.

*

Bezirkskonferenz des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter.

Die Vorstands- und Vertrauensmänner des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter versammelten sich am Sonntag, den 2. Oktober, im Mehringschen Saale zu einer Bezirkskonferenz. Kollege Busse eröffnete dieselbe und gab sodann den Geschäftsbericht bekannt. Eine erfreuliche Mitgliederzunahme sowie auch eine erhebliche Mehreinnahme an Beiträgen sei in den letzten Monaten zu verzeichnen. Mit Stolz könne man auf die in letzter Zeit geleistete Arbeit zurückblicken. Der Kollege Hesener, Varnhövel, erstattete den Bericht über die außerordentliche Generalversammlung vom 11. September 1921. Als Referent für die Tagesarbeiterbewegung zeigte Kollege Brodesser, Werne, das Arbeiten des Gewerkvereins für die über Tage beschäftigten Arbeiter des Bergbaues. Der Gewerkverein habe sich von jeher für dieselben ins Zeug gelegt und werde dieses auch in Zukunft tun. Der Ausbau der Tagesarbeiterfektion schreite rüstig voran. — Ueber Bildungs- und Jugendfragen sprach Kollege Wimmer. Im kommenden Winter müsse vor allem durch Schulung die geistige Hebung des Bergarbeiterstandes gefördert werden. Die Frage der Jugendgewinnung müsse Gemeingut aller christlich organisierten Kollegen sein. Die einzelnen Jugendabteilungen bedürften mehr wie bisher der Unterstützung. Um im Bezirk zu einer besseren Arbeitsteilung zu kommen, wurde die Wahl eines 7gliedrigen Bezirksausschusses getätigt. Ein vorgelegtes Geheimschreiben der Arbeitgeber rief schärfste Entrüstung hervor. Die einzelnen Diskussionsredner beschwerten sich in berechtigter Weise über die garnicht im Einklang mit den Erzeugerpreisen stehende enorme Preissteigerung. Mit Sorge sehe die Arbeiterschaft dem kommenden Winter entgegen. Der Weg der Selbsthilfe müsse in verstärktem Maße beschritten werden. Nach einem Schlußwort des Kollegen Busse fand die Konferenz mit einstimmiger Annahme folgender Entschließung ihr Ende:

> Die heutige Bezirkskonferenz des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter stellt sich einmütig auf den Boden der Entschließung der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. September d. J. Trotzdem das Abkommen nicht beseitigt, war die Annahme desselben das Richtige. Inzwischen hat ein weiteres Steigen aller Preise eingesetzt. Ein Teil der Preissteigerung ist gewiß auf das Konto der Wiedergutmachung zu setzen. Die Bergarbeiter haben stets nicht nur erklärt, sondern auch praktisch bewiesen, daß sie zu ihrem Teil bereit sind, alles zu tun, um die Volkswirtschaft zu höchstmöglichster Leistung zu bringen. Sie sind dazu auch in der Zukunft bereit, dann müssen aber auch endlich alle Volkskreise das Gleiche tun. Zur Zeit geschieht dieses nicht. Im Gegenteil, während wir die größten Opfer bringen, geht ein gewissenloses Schieber- und Wuchertum im Lande umher und macht aus diesen Opfern für sich Gold. Die Konferenz fordert für dieses am Volkskörper nagende, gewissenlose Gesindel die allerschwersten Strafen, selbst in krassesten Fällen die Todesstrafe. Die Reichsregierung fordern wir auf, in Verbindung mit den Landesregierungen in aller Kürze die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, damit die schwerste Bestrafung erfolgt. So wie bisher kann es nicht weiter gehen. Mit der größten Sorge sehen wir dem kommenden Winter entgegen. Während die Löhne nicht einmal ausreichen, die Kosten der Lebensmittel, besonders der Einkellerung für den Winter zu bestreiten, ist an eine Neuanschaffung der bitter notwendigen Bekleidungs- wie Wäschestücke usw. nicht zu denken. Unsern Hauptvorstand ersuchen wir daher, sofort für eine angemessene Lohnsteigerung zu sorgen.

Eine weitere Entschließung lautet:

> Die Entwicklung auf dem Lebensmittelmarkt berechtigt zu großer Sorge. Die steigende Entwickelung der Preise hält von Tag zu Tag an. Diese hohen Preise sind unberechtigt und für den Arbeitsmann unerschwinglich. Eine allmähliche Besserung ist nur möglich, wenn wir unsere Konsumgenossenschaften weiter fördern. Nur sie sind in der Lage, einer vernünftigen und gerechten Preisregulierung die Wege zu ebnen. Die Konferenz verlangt von allen Gewerkvereinskameraden die Unterstützung der Konsumvereine durch tätige Mitgliedschaft. Auch die Beteiligung an den gemeinnützigen, unserer Richtung gehörenden Bauproduktivgenossenschaften wird auf das wärmste empfohlen.

*

(Anzahlungsgabe selbstgezeichneter Kriegsanleihe beim Reichsnotopfer.) Das Reichsfinanzministerium hat folgende Anordnung getroffen, die für viele Steuerpflichtige von Interesse ist. Wer aus seinem Vermögen eine Schenkung gemacht hat, deren Betrag vom Finanzamt bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer seinem Vermögen wieder zugerechnet ist, kann den auf die Schenkung entfallenden Teil des Notopfers, dessen Schuldner der Beschenkte ist, durch Hingabe selbstgezeichneter Kriegsanleihe zum Nennwert entrichten, wenn er seine diesbezügliche Absicht binnen einem Monat nach Zustellung des einstweiligen Steuerbescheides über seine eigene Abgabeschuld gegenüber dem Finanzamt erklärt. In jedem Falle kann diese Erklärung noch bis zum 31. Oktober 1921 abgegeben werden. Die Frist zur Hingabe der Kriegsanleihe auf den vom Schenker zur Zahlung übernommenen Betrag beträgt einen Monat und beginnt mit Zustellung der Bescheinigung des Finanzamts.

(Teuerungszuschüsse für Militärrentenempfänger.) Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Alle Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen, die Renten beziehen, erhalten auf Grund einer Verordnung vom 24. September d. J. aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung mit Wirkung vom 1. August bis auf weiteres laufende Teuerungszuschüsse. Diese Zuschüsse betragen für jeden Schwerbeschädigten monatlich 30 Mk. und für jedes Kind 15 Mark; steht er zurzeit nicht im Erwerbsleben und ist seine Erwerbsfähigkeit um 70 oder 80 vom Hundert gemindert, so erhöht sich sein Zuschuß von 30 auf 50 Mark, ist er noch mehr erwerbsbeschränkt, auf monatlich 75 Mark. Jede Witwe erhält 25 Mark oder, wenn sie invalide ist und nicht im Erwerbsleben steht, 40 Mark, jede Waise sowie jeder Elternteil monatlich 15 Mark. Die Zuschüsse für die Witwen, Waisen und Eltern werden von der Postkasse gleichzeitig mit den Renten ausgezahlt, die übrigen Zuschüsse von den Fürsorgestellen.

(Neue Briefmarken.) Die Reichsdruckerei hat soeben nach den Vorlagen des Briefmarkenwettbewerbes eine Reihe von neuen Briefmarken zum Preise von 60, 80, 100, 120, 150 und 160 Pfennig hergestellt, die Bilder von Schmiede-Werkstätten- und Landarbeitern darstellen. Der Entwurf stammt von dem Münchner Maler Paul Neu, der bei dem Briefmarkenwettbewerb mit dem ersten Preise ausgezeichnet worden war.

(Die christlichen Gewerkschaften.) Die Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wurde am 1. Oktober von Köln nach Berlin verlegt. In Köln bleibt eine Geschäftsstelle für Westdeutschland. Im Jahre 1903 wurde in Köln das Generalsekretariat dieser Gewerkschaften durch Stegerwald gebildet. Von hier aus sind die christlichen Gewerkschaften ausgebaut worden, besonders im Westen. In den letzten Jahren verschoben sich aber die allgemeinen Interessen dieser Bewegung immer mehr nach Berlin, und nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes liefen fast alle Fäden der Bewegung in Berlin zusammen. Das neue Geschäftsgebäude in Berlin-Wilmersdorf wird die Leitungen folgender christlicher Vereinigungen aufnehmen: den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine drei Teile: die Gesamtverbände der christlichen Gewerkschaften, der Angestelltengewerkschaften und der Beamtengewerkschaften, ferner die Hauptgeschäftsstelle der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, des Verbandes weiblicher Angestellten und die sozialpolitische Abteilung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. In Köln selbst hatte das Generalsekretariat auch örtlich sehr befruchtend gewirkt. Als Stegerwald 1903 in Köln begann, waren hier nur einige tausend Arbeiter christlich organisiert.

(Der neue Gesetzentwurf über den Achtstundentag.) Das Reichsarbeitsministerium hat einen neuen Gesetzentwurf über den Achtstundentag ausgearbeitet und ihn u. a. auch den Handwerkskammern zur Stellungnahme und Rückäußerung eingesandt. Nach dem Entwurf soll an Stelle des Achtstundentages die 48stündige Arbeitswoche zulässig sein, d. h. an einzelnen Tagen sollen die Arbeitskräfte bis zu 9 Stunden, in besonderen Fällen sogar bis zu 11 Stunden beschäftigt werden dürfen, sofern nur nicht die Gesamtzahl von 48 Stunden in der Woche überschritten wird. Die Arbeitszeit der Lehrlinge darf einschließlich der durch die Fortbildungsschule versäumten Zeit wöchentlich sogar 54 Stunden betragen. Die Handwerkskreise fordern nach wie vor eine neunstündige Arbeitszeit für alle Arbeiter in Handwerksbetrieben, mindestens aber eine solche für die Lehrlinge, damit für Vorbereits- und Aufräumungsarbeiten täglich eine Stunde übrig bleibt. Ferner sollte zur Bekämpfung der vielbeklagten „Schwarzarbeit", deren Zunahme durch die Verkürzung der Arbeitszeit so sehr gefördert wird, mindestens den Lehrlingen die Ausführung von Arbeiten für fremde Auftraggeber auf eigene Rechnung nach beendeter Arbeitszeit verboten werden. Aber auch für die Gesellen ist eine derartige Gesetzesbestimmung dringend erforderlich. — Ferner sieht der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums die Festlegung der Löhne für etwaige Ueberstunden vor, und zwar einen Mindestzuschlag von 25 Prozent für die Ueberstunde. Das Handwerk ist ein Gegner solcher Experimente mit gesetzlicher Lohnregelung, die sich stets als Fehlgriffe erweisen, und ist der Ansicht, daß alle Lohnfragen der Vereinbarung der Parteien zu überlassen sind. Endlich schreibt der Entwurf für alle möglichen Ausnahmen Aushänge und Anzeigen an die Gewerbeaufsichtsbeamten vor. Diese Unzahl von Vorschriften, am grünen Tische ausgeklügelt, stellen eine Belästigung dar, die zu den angestrebten Erfolgen meist in einem argen Mißverhältnis steht, nur Erbitterung schafft und deshalb vermieden werden sollte.

(Zulassung von Kaltsiegeln zum Verschluß von Post-Wertsendungen.) Zum Verschluß von Wertbriefen und von Wertpaketen über mehr als 500 Mark werden im innerdeutschen Verkehr versuchsweise sogenannte Kaltsiegel zugelassen, die in der Weise hergestellt werden, daß aus einem Behältnis (einer Tube) mit Kaltsiegelmasse eine entsprechende Menge auf den zu siegelnden Gegenstand gelegt und mit dem Petschaft festgedrückt wird. Die Kaltsiegelabdrücke müssen nach der Erstarrung deutlich sein und so fest an dem Verpackungsstoff haften, daß sie sich ohne sichtbare Beschädigung des Briefumschlages oder der Umhüllung nicht ablösen lassen. Ferner müssen die Abdrücke, unbeschadet der erforderlichen Bindung, auch eine gewisse Sprödigkeit wie die Abdrücke des Heiß-Siegellacks besitzen, damit ein Versuch des Ablösens an der Abbröckelung sichtbar wird und ein unbefugter Eingriff sofort bemerkbar ist. Wertsendungen mit Kaltsiegel-Abdrücken, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, bleiben von der Postbeförderung ausgeschlossen.

(2. Westfalentag in Altena.) Der Westfälische Heimatbund ladet alle Freunde der Heimat zum 2. Westfalentag in Altena ein. Der 10. Oktober bringt in den Räumen der Burg Vorstands-, Ausschuß- und Mitgliederversammlung, Führung durch die Burg und einen Begrüßungsabend. Am 11. Oktober spricht in der Festversammlung im Lennestein Prof. Dr. Klapheck-Düsseldorf über „Sauerländer Barock" und Karl Wagenfeld-Münster über „Ziele und Aufgaben der Heimatvereine". Nachmittags 3 Uhr findet als Festspiel auf der Burg eine Töger-Hochzeit (Drahtzieher-Hochzeit) unter Zugrundelegung der Altwestfälischen Bauernhochzeit von Karl Wagenfeld statt. Nach dem starken Besuche des 1. Westfalentages in Paderborn im Vorjahre dürfte auch der 2. Westfalentag auf rege Beteiligung rechnen.

Zum Vierteljahrswechsel hat das Landesarbeitsamt Münster eine ganze Anzahl offener Stellen für weibliches landwirtschaftliches Personal und Burschen von 15—17 Jahren vorgemerkt. Gelernte Mädchen können neben freier Station monatlich 120—180 Mark und mehr verdienen, während sich der Lohn für gelernte Mädchen je nach Alter und Leistung zwischen 60—130 Mark bewegt. Die Burschenlöhne sind durchweg hoch. Es handelt sich um nur gute Einzelstellen bei kleineren und mittleren Landwirten, bei denen zum Teil Familienanschluß gewährt wird. Einigen Mädchen ist Gelegenheit geboten, die Küche und den Haushalt zu erlernen. Das Melken muß in den meisten Stellen erlernt werden. Am Freitag, den 7. Oktober, vormittags von 8½ bis 12 Uhr, wird ein Beamter des Landesarbeitsamtes Münster beim Arbeitsnachweis Hörde anwesend sein. Derselbe gibt über Lohn- und Arbeitsbedingungen Auskunft und tätigt die Vermittlungen. Wir weisen auf den Vermittlungstag besonders hin, zumal jetzt der Winter naht und eine gute Stelle bei der herrschenden Arbeitslosigkeit von großem Wert ist.

(Innungsausschuß.) In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung wurde unter anderem mit den Lehrern der Berufsschule über die tige Gestaltung der Gesellenprüfung beraten und es kam zu folgendem Beschluß: „Die Gesellenprüfung besteht aus einem praktischen und einem theoretischen Teil. Während der Lehrling ersteren in der Werkstatt ablegt, soll letzterer mit der Abschlußprüfung der Berufsschule vereinigt und öffentlich abgehalten werden, sofern es sich um eine größere Anzahl von Prüflingen handelt. Mit der theoretischen Gesellenprüfung ist eine Ausstellung der Gesellenstücke sowie der gefertigten Zeichnungen und schriftlichen Arbeiten verbunden. Die Prüfung selbst gliedert sich in eine schriftliche und eine mündliche. In letzterer prüfen die Prüfungsmeister an Hand der Gesellenstücke in der Werkstättenlehre neben den Berufsschullehrern, die Fragen aus den Wissensfächern stellen. Ueber sämtliche Ergebniss werden in bereitliegenden Zeugnislisten, die schon die Durchschnittszensuren der Schulleistungen enthalten, die Beurteilungen eingetragen. Eine Konferenz der Prüfungsmeister mit den Lehrern entscheidet über Bestehen oder Nichtbestehen der Prüfung. Trifft letzteres zu, so kann auf ein viertel bis ein halbes Jahr Nachlernen erkannt werden. Die Gesellenbriefe werden ausgefüllt und den Prüflingen feierlichst überreicht. Zu der Prüfung werden das Schulkuratorium sowie die städtischen Behörden frühzeitig eingeladen. Von den Meistern und Meisterinnen wird erwartet, daß möglichst alle, wenigstens aber diejenigen, die Prüflinge ausgebildet haben, erscheinen. Bisher war es hiermit, besonders in den letzten Jahren, sehr schlecht bestellt." Dieser Beschluß fand freudige Zustimmung, und der Ausschuß hofft, daß er auch bei den übrigen Meistern und Meisterinnen den gebührenden Zuspruch finden wird. Gott segne das ehrbare Handwerk!

(Für ehemalige Kriegsgefangene.) Die Kameraden werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß etwa noch rückständige Anträge auf Löhnungsnachzahlung bis spätestens Samstag, den 8. d. Mts., bei den zuständigen Stellen eingerichtet werden müssen.

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

46. Fortsetzung.

Auch Frau Lore ward ruhelos umhergetrieben. Wie eine Schlafwandelnde, in unbewußtem, zielsicheren Schreiten, fand sie sich vor Graf Laxheims Villa in der stillen Parkstraße. Es war schon spät, alles war dunkel. Sie schritt in eine kleine Seitengasse hinein, eigentlich nur ein Fußweg an Gärten entlang, auf den sich auch aus ihrem Garten früher ein Pförtchen öffnete. Leise drückte sie dagegen, es gab nach, sie trat ein.

Von der Terrasse her schimmerte Licht. In seinem Zimmer saß Herbert und schrieb. Er war im Dienstanzug, es kam früher nie vor, daß er sich nicht umzog, ehe er seine Wohnräume betrat. Deutlich sah sie den feinen, fast zierlichen Umriß seines Kopfes. Wie mager und braun er geworden war! Er sah männlicher aus, auch wohl gealtert . . . hatte er sich doch nach ihr gebangt, ein ganz klein wenig nur? Konnte sie das törichte Hoffen und Glauben nicht lassen? Unwillkürlich machte sie einen Schritt vorwärts, ein trockenes Zweiglein knickte unter ihrem Fuß.

Da hob Nero, der zu Füßen seines Herrn schlief, den klugen Kopf und witterte ins Dunkel. Mit einem mächtigen Satz raste er, laut bellend, die Treppe hinunter, auf sie zu. Er schluchzte förmlich der treue Hund, er jauchzte und jaulte, er stieß sie vor Freude fast um und sprang an ihr hoch, daß sie seine taunassen Pratzen durch das dünne, helle Sommerkleid hindurch auf ihren Schultern spürte.

Lore war tödlich erschrocken . . . . an den Hund hatte sie nicht gedacht. Ohne sich Rechenschaft zu geben, was sie eigentlich hier wollte, war sie blind dem Zuge ihres Herzens gefolgt. Was würde Herbert nun tun?

Er war aufgesprungen und hatte nach dem Revolver gegriffen, der mit allen möglichen Ausrüstungsgegenständen hinter ihm auf dem Tische lag. „Nero! Hierher! Zurück!"

Doch der ließ sich nicht abrufen. Er sprang nur einige Sätze zur Terrasse hin, als wollte er sagen: Komme doch selber und sieh! Dann lag er wieder, vor Glück winselnd, zu Lores Füßen und sah mit blinkenden, treuen Augen zu ihr auf, die ihn mit bebender Hand leise streichelte.

Der Graf trat auf die Terrasse. Noch geblendet vom Lampenlicht, vermochte er zunächst nichts zu erkennen. Sein Jägerauge überwand jedoch bald die leichte Dämmerung der Sommernacht. Er sah eine helle Gestalt . . . das Freudengeheul des Hundes . . . sein Herzschlag . . . oder war es das Gewissen? . . . pochte es ihm mit dröhnendem Klang ins Ohr: Sollte es Lore wagen . . . . ! War es denkbar? Es hätte ihr nur zu ähnlich gesehen! Unvorsichtig und übereilt wie immer, in dem, was sie tat: Diese Nöte einer geärgerten, unsicheren Verlegenheit deckte seine weiße, von der Mütze gegen Sonnenbrand geschützten Stirn, die seltsam fahl gegen das Braun seines Gesichts stand.

Sichtlich unwillig und zögernd, schritt er die Stufen zum Garten hinab und auf die leichte Erscheinung zu, die ihm zitternd und bangend entgegensah.

Kam er so langsam, sie zu begrüßen? Wußte er denn noch immer nicht, wer da wartend vor seines Hauses Tor stand? Ein wehes Kältegefühl kroch in ihr hoch.

Kurz klirrten die Sporen, er neigte kaum den Kopf.

„Gnädige Frau!? Sie sehen mich überrascht: Ja, noch mehr, erschrocken . . ."

Wie anders hatte sie es sich ausgemalt, dies Wiedersehen: Wie ganz anders: Doch gleich nahm sie ihn vor sich selber in Schutz. Sie hatte ihn gar zu gewaltsam überrumpelt: Jahre waren verrauscht . . . weil sie nur immer treu an ihn gedacht, brauchte er doch nicht auch gleich . . . . sie räusperte sich und wollte etwas Erklärendes sagen. Es ging nicht. Kein Wort kam hervor. Oder sie hätte seinen Namen hinausgerufen . . . . ihr Sehnen verraten . . . . ihre Enttäuschung . . . nahm er sie denn noch nicht an sein Herz? Seine Lore, sein Weib, das ihm so lange hindurch so still die Liebe gewahrt?

Herbert war tödlich verlegen und gereizt durch ihre Anwesenheit. Was wollte sie noch von ihm?

Wenn sie nur wenigstens schnell gesagt hätte, was sie hier suchte. Um Gottes willen, doch nicht etwa eine Rührszene, mit tränenreichem Abschied und Stammeln von Vergeben und Vergessen? Das fehlte ihm gerade noch: Er hatte den Kopf so schon voll Sorgen. Gegenwart und nächste Zukunft waren wahrhaftig wichtiger als die Vergangenheit, die er längst abgetan und hinter sich geworfen hatte. Was wollte sie von ihm?

„Gnädige Frau", begann er von neuem, „Sie hier . . . zu dieser Stunde . . . ich ahnte nicht . . ." Schlecht verhehlte Ungeduld klang aus jedem Wort. Unruhig blickte er nach dem Hause zurück. Sie sah es, mit großen, langsam erwachenden Augen und Sinnen.

„Ja, Graf Herbert, Sie ahnten nicht . . . to weiß! Ich fühle es . . . ." wie bitter lag ihr die Zunge im Mund:

„Wollen Sie nicht . . . nähertreten?" Hoffentlich sagte sie nein. Jeden Augenblick konnte eine andere helle Frauengestalt auf der Terrasse erscheinen und nach ihm rufen. Dann gab es wieder Szenen . . . Eifersucht . . . er stieß in seiner wütenden Verlegenheit den Hund mit dem Fuß, an dem der silberne Sporen wie mit leisem spöttischem Kichern klirrte. Winselnd fuhr Nero zur Seite. Unwillkürlich reckte Lore die Hand, um ihn zu schützen.

„Nicht doch: Der arme Kerl kann ja nichts dafür!" Immer klarer leuchtete ihr Auge, immer stiller schlug ihr ungestümes, forderndes Herz. „Er folgte ja nur seinem treuen Instinkt . . . . genau wie ich!" setzte sie leise hinzu.

Er tat, als hörte er die Worte nicht.

„Gnädige Frau glaubten vermutlich, ich sei schon ausgerückt, und wollten die Villa noch einmal sehen . . . ."

Sie atmete tief auf. Seine kalte Förmlichkeit weckte sie vollends aus ihrem törichten Träumen und Sinnen.

„Nein, Graf, Sie brauchen gar nicht nach einer Entschuldigung suchen. Ich kam. Es schien mir so einfach und natürlich. Wie ein Kind jene Heimat sucht. Wie der Vogel sein Nest." Sie reckte sich hoch und suchte frei und stolz sein Auge, das unsicher zur Seite irrte.

Ihm schienen das alles Redensarten. Mochte sie doch endlich sagen, was sie hier wollte: Er kam nicht so ohne weitere Erklärung darüber hinweg.

„Es ist nur . . . etwas gar zu ungewöhnlich . . . ." er zuckte die Achseln in verhaltenem Spott.

Jetzt fand Lore sogar ein Lächeln.

„Ja, nicht wahr? Sehr ungewöhnlich: Sie haben ganz recht! Was würde die Welt, Ihre Welt, Graf Laxheim, dazu sagen, wenn sie uns beide hier stehen sähe?"

Spottete sie noch obendrein über ihn? Ihn packte die Wut des Unterlegenden.

„Sie waren ja von jeher nicht ängstlich um Ihren Ruf, gnädigste Frau. Ich erinnere mich wohl."

„Und konnte trotzdem [illegible] allezeit höher tragen als Sie, mein lieber Graf, ihn mir gegenüber zu halten das Recht haben."

„Kamen Sie nur hierher, um mir noch einmal nach alter Art Ihren Trotz und Eigenwillen zu zeigen? Das war eigentlich ebenso überflüssig, wie . . . . . verzeihen Sie das harte Wort . . . . wie geschmacklos, meine Gnädigste!" höhnte er erbittert.

Ein wehes Schluchzen drängte ihr die Kehle zu. Sie zwang es hinunter.

„Gott weiß, warum ich kam." Ernst und schwer klang ihr Wort zu ihm herüber. „Ich folgte meinem Herzen. Es blieb meiner Liebe treu, so wie es sich selber treu bleiben mußte. Ich suchte den Mann, den Menschen, dem diese Liebe bis heute noch galt. Ich fand . . . den Grafen Laxheim. Vielleicht sollte ich sagen: Gott sei Dank! Denn nun bin ich endlich frei! Auch hiervon frei!"

Sie sah ihn lange an, wie er schlank und elegant, halb von ihr abgewandt, in der weichen Beleuchtung der hellen Nacht vor ihr stand und nicht wagte, ihrem Blicke standzuhalten. Eine letzte Scham regte sich in ihm. Hastig trat er auf sie zu.

„Gnädige Frau, Sie sehen mich . . ."

„Ich sehe Sie endlich so, wie Sie in Wahrheit sind, Graf Herbert Laxheim", unterbrach sie ihn ruhig. „Sogar diese gewaltige Schicksalsstunde, die über uns allen ihre drohende Faust reckt und uns zur Wahrheit zwingt, selbst sie konnte es nicht fertig bringen, den Menschen in Ihnen hinaufzuheben über den Grafen, über das Geschöpf der sogenannten „guten Gesellschaft". Gehen Sie mit Gott. Und vergessen Sie diese Begegnung so schnell wie möglich! Es wird Ihnen nicht schwer fallen!"

Ohne das Haupt zum Gruß zu senken, schritt sie an ihm vorbei, der kleinen Pforte zu. Mit einer letzten, verzweifelten Aufwallung der Höflichkeit eilte er ihr einige Schritte nach.

„Wollen Sie nicht vorne . . . ."

Sie war im Gehen einen Blick zurück zur Terrasse . . . . schimmerte da nicht ein Frauenkleid? In schweigender Abwehr hob sie die Hand.

Klirrend schnappte der Riegel hinter ihr ins Schloß.

(Schluß folgt.)

(Fahrraddiebstähle und kein Ende.) Nicht allein in unserer Stadt, nein in allen Städten und Gemeinden treiben die Fahrradmarder ihr einträgliches „Gewerbe". Die gestohlenen Räder werden in besondere Geheim-Werkstätten geschafft, dort die einzelnen Teile vertauscht, sodaß der Besitzer sein Rad nicht wiedererkennt, und dann wird es geheim oder öffentlich an den Mann gebracht. Solche Werkstätten sind besonders in Dortmund eingerichtet, die Diebe sind fast stets auswärtige. So wurde am Montag der Inhaberin eines hiesigen Geschäfts vor der Reichsbank in Unna das Rad gestohlen. Ein kleiner Augenblick der Außerachtlassung genügte und das Rad war verschwunden. Die Erregung über solche Handlungsweise kann man sich leicht vorstellen.

*

Westfälische Heimatwoche.

Dortmund, 5. Okt. Der Dortmunder Lehrerverein veranstaltet in der Zeit vom 5. bis 8. Oktober im dortigen Gewerbevereinssaale eine westfälische Heimatwoche, in der durch eine Reihe von Vorträgen Heimatunterricht im besten Sinne geboten wird, an dem auch Lehrer- und Lehrerinnen aus unserer Stadt sich beteiligen. Der Heimatunterricht hat die pädagogische Praxis vor neue und nicht ganz leichte Aufgaben gestellt und nun heißt es suchen und sorgen, damit wir nicht gleich am Anfang in die Irre gehen. Auch unsere westfälische Heimat muß neu ergriffen, erforscht, erarbeitet und erwandert werden. Darum hat der Lehrerverein berufene Führer nach Dortmund gebeten, damit sie der westfälischen Lehrerschaft Ansporn und Anregung für ihren Heimatunterricht geben. Durch die Geologie, Geschichte, Literatur, Volkskunde, Kunst und Wirtschaftskunde unserer westfälischen Heimat sollen Wege gewiesen werden, die alle in die Schule einmünden. Der Vortrag des Wochenplanes, der Montag nachmittag von 5—6½ Uhr von Herrn Studienrat Dr. Franke aus Dortmund gehalten wurde, behandelte das Thema

„Die Entstehung der Steinkohle",

ein Problem, das mancherlei Schwierigkeiten in der Erforschung bietet und an den Forscher hohe Ansprüche stellt sowohl auf biologischem, als auch auf chemischem und geologischem Gebiete. Redner baute seinen Vortrag auf Forschungen berühmter Männer dieses Gebietes auf, beginnend mit der Entstehung der Torfmoore, in denen sich aus absterbenden niederen Organismen der Pflanzenwelt der Faulschlamm, und im weiteren Wachstum der Torf entwickelt. Durch Lichtbilder unterstützt führte der Redner den organischen Aufbau dieser Formationen vor Augen und erklärte, wie im Lauf eder Jahrmillionen daraus die Steinkohle entstanden ist. Auf den Torfmooren entwickelten sich in der Folge dann die späteren Halmpflanzen, in denen sich allmählich mit der zunehmenden Austrocknung zunächst Erlen, später Birken und zuletzt Kiefern bildeten. Die Ueberwucherung durch Torfmoose verursachte dann wieder allmähliche Verkrüppelung und schließlich das Absterben dieser Baumarten, die in dem wieder entstehenden Moorboden versinken und im Laufe der Jahrmillionen die Mattkohle bilden. Mit einigen Bildern aus dem Wald der Steinkohlenzeit führt der Redner den Nachweis für die Moornatur unserer Steinkohle und untersucht weiter die Frage, ob z. B. die Kohlenfelder des Ruhrbeckens hier gewachsen oder angetrieben sind, zu dem Ergebnis kommend, daß sie autochton oder bodeneigen sind. Aus dem Torf der Moore hat sich mit der Zeit die Braunkohle, dann die Steinkohle und zuletzt die Anthrazitkohle gebildet. Die Frage, wie lange die Kohlenschätze der Erde noch für den heutigen Bedarf ausreichen, beantwortet der Redner, daß sich die größten Lager in Oberschlesien befinden, die — nur bis zur Tiefe von 1000—1500 Meter abgebaut — noch für 800 Jahre genügen; auch in unserm Ruhrgebiet lagert noch Kohle für 600 bis 700 Jahre, in Niederschlesien für 200—400 Jahre, in Sachsen für 60—80 Jahre. England hat noch Kohle für die nächsten 250—300 Jahre, Frankreich für 150—200 Jahre, Amerika für 1000—1200 Jahre, doch die größten Kohlenschätze ruhen in China, die noch für 1500—1800 Jahre den Bedarf zu decken vermögen. Und wenn dann einmal die Zeit kommen sollte, wo der Kohlenreichtum der Erde erschöpft ist, dann wird man auf den Torf zurückgreifen können, der natürlich eine Umwälzung in unserer heutigen auf den Kohlenverbrauch eingestellten Industrie bedingen würde.

*

Dortmund, 5. Oktober. **(Eine sechsköpfige Räuberbande vor dem Schwurgericht.)** Wegen eines am 3. April d. J. auf das Gehöft des Landwirts Heinrich Haumann in Gahmen ausgeführten Raubüberfalles hatten sich Montag der 17jährige Bergmann Rudolf Sonnack, der Maurer Karl Nelkowski, der 21 Jahre alte Bergmann Otto John, der gleichaltrige Metzger Paul Schneider, dessen 25 Jahre alter Bruder Bergmann August Schneider und der 21jährige Bergmann Alfred Reiß zu verantworten. Nelkowski mußte aus der Reihe der Angeklagten sofort ausscheiden, da er infolge hochgradiger Nervosität nicht verhandlungsfähig war. Die Angeklagten befanden sich am 3. April d. J. mit Reiß auf einer Festlichkeit des Turnvereins Altenderne-Niederbegge und hatten dem Alkohol schon reichlich zugesprochen, als Nelkowski die Mitteilung machte, daß Frau Haumann mit Sohn und Tochter und Besuch das Haus verlassen habe, mithin Haumann allein im Hause sein müsse und somit die Gelegenheit, den längst gehegten Plan zur Ausführung zu bringen, günstig sei. Mochte vorher der eine oder der andere Bedenken gehabt haben, an dem Raub teilzunehmen, so waren sie jetzt alle in der Stimmung, die der Anstifter wünschte. August Schneider, der früher einmal Knecht bei Haumann gewesen war, klopfte an die Tür Haumanns und antwortete auf H.'s Frage, wer da sei, daß H. nur aufmachen solle; der Knecht sei da. Haumann öffnete und sofort wurde er von August Schneider und John am Arm gefaßt, während ein Räuber „Hände hoch!" rief. Nachher kamen auch Sonnack und Paul Schneider ins Haus. Diese bewachten den Haumann in der Küche und ihre Genossen gingen nach oben, um das viele Geld, das sie im Hause vermuteten, zu suchen. August Schneider und John fanden unter einem Kopfkissen etwa 200 Mark. Dann riefen sie Haumann herauf und forderten ihn auf: „Gib Dein Geld heraus oder Du wirst eine Leiche!" H. kam der Aufforderung nicht nach, schloß aber eine Schublade auf, aus der ein Armband, eine Uhr und eine Tasche genommen wurden. Auch Paul Schneider und Sonnack, die sich dann ans Suchen begaben, fanden nicht, was sie suchten. Als dann Haumann der Aufforderung, ein unten gelegenes Zimmer zu öffnen, nicht nachkam, erbrachen die Eindringlinge die Tür. Nachdem sie etwa eine Stunde lang in dem Hause herumgewirtschaftet hatten, wobei sie den an allen Gliedern zitternden Haumann wiederholt bedrohten, verließen sie durch ein Fenster das Haus, um nach dem Busch zu eilen, wo sich alle zur Teilung der Beute zusammenfanden. Das Urteil des Gerichtshofs lautete gegen Sonnack auf 2 Jahre, gegen John auf 2 Jahre 6 Monate, gegen Paul Schneider auf 4 Jahre, gegen August Schneider auf 3 Jahre, gegen Reiß auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Den Angeklagten wurden mit Ausnahme Sonnacks die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt. Die Strafen Paul Schneiders, der bereits mit 5 Jahren Zuchthaus wegen eines anderen Raubes bestraft ist, wurden auf eine Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus gebracht.

Der Ausfall der Ernte.

Bochum, 5. Okt. Die Interessengemeinschaft der landw. Kreisvereine besprach jüngst den Ausfall der Ernte und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Der Ausfall an Erzeugnissen beträgt, in Prozenten zur Normaljahresernte (100% normal) ausgedrückt, für die Kreise des westf. Industriegebietes etwa:

Brotgetreide	100 %,
Sommergetreide	75 %,
Kartoffel z. T.	80 %,
Rüben	90 %,
Futter	50 %.

Der Ausfall ist somit sehr hoch. Um die fehlende Erntemenge durch Zukauf zu ergänzen, bedürfte es z. B. nach Ueberschlagsrechnung für den Landkreis Bochum, umfassend 216 Betriebe mit durchschnittlich 60 Morgen landw. genutzter Fläche, ca. 14 000 Zentner Hafer und ca. 64 000 Zentner Melasse. Gewohnheitsgemäß wird dieser Ausfall nicht durch Zukauf ausgeglichen werden können, vielmehr wird das Minus an Rohertrag durch steigende Preise oder Abstoßung von Vermögenssubstanz (anormaler Viehverkauf) gemildert werden müssen. Bedeutungsvoll ist es, hierbei, wie uns weiter geschrieben wird, zu erkennen, daß die Landwirtschaft keineswegs nach Erkenntnis der Verhältnisse selbständig auf die Erhöhung der Preise Einfluß hat, sondern fast nur der Handel. Wenn es anderwärts üblich ist, daß der Wareninhaber Ware anbietet und Preis fordert, geschieht es in der Landwirtschaft in der Regel umgekehrt: Der Händler bietet und der Landwirt muß sich bescheiden. Erst die gleiche Not in anderen Landstrichen gewährt der hiesigen Landwirtschaft durch den Händler höhere Preise.

*

(E) **Münster**, 5. Okt. **Die Kartoffelsorgen** haben den Bischof von Münster zu einer Mahnung im Kirchl. Amtsblatt der Diözese veranlaßt. Er sagt dabei, daß die in der Tagespresse gerüchtweise verbreiteten Nachrichten über ungemein hohe Kartoffelpreise in der minderbemittelten Bevölkerung große Bestürzung hervorgerufen und ihre ohnehin drückenden Nahrungssorgen noch vermehrt haben. Es bestehe außerdem die Gefahr, daß gewinnsüchtige und gewissenlose Händler die Kartoffeln zu Preisen, die für weite Kreise unerschwinglich sind, aufkaufen und in andere Gegenden zu verschieben suchen. Der Bischof ersucht darum die Geistlichen, auf die Landbevölkerung in geeigneter Weise einzuwirken, daß sie, auch mit Rücksicht auf die allgemein günstige Getreideernte, mit einem mäßigen Gewinn aus der Kartoffelwirtschaft sich begnügen, in besonderen Fällen zugunsten armer Mitmenschen auf einen solchen überhaupt verzichten, daß sie unter Umständen gewissenlose Händler abweisen, die die Kartoffelversorgung für die heimische Bevölkerung äußerst gefährden.

(E) **Münster**, 5. Okt. **(Eine Automobilschiebung vor Gericht.)** Die hiesige Strafkammer verurteilte, wie die „Glocke" meldet, den Oberleutnant a. D. Clemens Schürmann wegen betrügerischer Automobilgeschäfte zu 1 Jahr Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. Sch. war zur Zeit des Kapp-Putsches als Ordonnanz-Offizier der Kraftwagenabteilung VII beauftragt, Automobile für die Heeresverwaltung zu kaufen. Er hatte seinerzeit bei dem Gutsbesitzer Thier in Beelen unter ungerechtfertigter Vorlegung von Beschlagnahmepapieren ein fast neues Auto gekauft und dieses, nachdem er einem früheren Seeoffizier von Martels, Teilhaber einer hiesigen Agenturen- und Kommissionsfirma, für die Vermittelung des Autos 15 000 Mk. versprochen hatte, des Auto an die Militärverwaltung für 135 000 Mark weitergegeben, wobei er seiner vorgesetzten Behörde die in Anrechnung gebrachte Provision verschwieg. Nachdem dem Oberleutnant Sch. deshalb Unannehmlichkeiten zu erwachsen drohten, hat man die 15 000 Mk., die der Militärverwaltung zukamen, an Thier zurückgezahlt mit dem Bemerken, das Auto habe beim Weiterverkauf einen bedeutend höheren Preis erzielt. Für die Mitangeklagten v. Martels und einen Ingenieur Busch, der auch an den Verkaufsverhandlungen teilgenommen und 3000 Mark Provision erhalten hat, setzte das Gericht je 6 Wochen Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe fest. In einem anderen Falle hat Schürmann sein eigenes, billig gekauftes Auto in seiner Eigenschaft als Aufkäufer der Militärverwaltung zu einem übermäßig hohen Preise für letztere gekauft. In einem dritten Falle konnte das Gericht einen Betrug nicht feststellen.

(W) **Essen**, 5. Okt. **(Helmholtzfeier.)** Am 8. Oktober nachmittags 6 Uhr veranstaltet die Gesellschaft für Wissenschaft und Leben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Städt. Saalbau in Essen eine große Helmholtz-Feier zu Ehren des 100. Geburtstages des großen Physikers, zu der die wissenschaftlichen Vereine des Ruhrgebiets eingeladen sind.

(bu) **Dorsten**, 5. Okt. **(Die Pferdepreise ziehen wieder an.)** Der letzte Viehmarkt war nur mittelmäßig beschickt, der Besuch jedoch zufriedenstellend. Die am gleichen Tage in den benachbarten Orten stattfindenden Viehmärkte machten sich geltend. Es waren aufgetrieben auf dem Schweinemarkt etwa 600 Schweine und Ferkel. Der Handel war langsam. Es kosteten 6 bis 8 Wochen alte Ferkel 110 bis 150 Mark, 8—12 Wochen alte Ferkel 210 bis 300 Mark, vierteljährliche Schweine 450 bis 600 Mark, ältere Läuferschweine wurden bis zu 1000 Mark bezahlt. Für tragende Schweine wurden 2000 bis 2400 Mark gefordert und gezahlt. — Der Rindviehmarkt hatte einen Auftrieb von etwa 50 Stück Rindvieh zu verzeichnen. Die Preise waren nach wie vor hoch. Gezahlt wurden für 1. Qualität 7000 bis 8000 Mark und vereinzelt auch mehr, 2. Qualität 6000 bis 7000 Mark und 3. Qualität 3000 bis 5000 Mark. Tragende Rinder wurden mit 5000 bis 7000 Mark bezahlt. Der Handel in prima Kühen war trotz des geringen Angebots lebhaft. — Der Handel in sonstigem Kleinvieh, wie Schafen, Ziegen und Lämmern, gestaltete sich nur mittelmäßig. Es fehlte an Angebot. — Auf dem Pferdemarkt waren etwa 100 Pferde zum Verkauf gestellt. Die Entwertung der Mark machte sich bei den Preisforderungen geltend. Gesucht waren gute Arbeitspferde. Es kosteten Arbeitspferde 1. Sorte 18 000 bis 23 000 Mark und einzelne höher, 2. Sorte 15 000 bis 18 000 Mark, 3. Sorte 10 000 bis 14 000 Mark. Schlachtpferde waren nicht aufgetrieben. Fohlen im Alter von 2 bis 2½ Jahren standen mit 15 000 bis 18 000 Mark, von 1 bis 1½ Jahren mit 11 000 bis 14 000 Mark und jährige mit 6000 bis 8000 Mark im Preise.

(TU) **Düsseldorf**, 5. Oktober. **(Braun für schwarz.)** Die schwarzen Truppen in der Rheinpfalz sollen wegen der andauernden Beschwerden demnächst durch mohammedanische Marokkaner ersetzt werden.

(bu) **Gladbeck**, 5. Okt. **(„Sie konnten zusammen nicht kommen".)** Bei Werden wurde auf dem Eisenbahngleise ein schrecklich verstümmeltes Liebespaar aufgefunden, das aus Gladbeck-Brauck stammt. Die beiden Menschen hatten sich mit Stricken aneinander gebunden. In den hinterlassenen Testamenten bitten beide darum, sie, da sie lebend nicht zusammenkommen konnten, nun doch in einem Sarge beerdigen zu wollen.

„/" **Aachen**, 4. Okt. **(Die Arbeitermarseillaise im Stadtrat.)** In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden für Oppau 25 000 Mark bewilligt. Bei dem Punkte der Erweiterung des Kindererholungsheims im Stadtwald und Errichtung einer Kapelle auf dem Grundstück des Genesungsheims kam es nach einem Entwurf des Oberbürgermeisters Farwick zu schweren Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten einerseits und dem Oberbürgermeister und dem Zentrum andererseits. Im Laufe der Auseinandersetzungen stimmten die Sozialdemokraten plötzlich die Arbeitermarseillaise an. Vorher war der Schluß der Debatte beantragt worden. Als der Vorsitzende zur Abstimmung schreiten wollte, sangen die Sozialdemokraten wieder die Arbeitermarseillaise. Während des Gesanges, an dem sich auch die Zuhörer beteiligten, ließ der Vorsitzende abstimmen. Die Vorlage wurde angenommen; die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne die Sozialdemokraten und ohne Bericht der Referenten von der Mehrheit angenommen. Vor der Abstimmung mußte das Publikum auf Aufforderung des Vorsitzenden den Saal verlassen.

Aus aller Welt.

— **Fürstin Pauline Metternich †.** Fürstin Metternich-Sandor ist in Wien infolge eines Herzschlages gestorben. Die Fürstin Metternich, die jetzt in hohem Alter gestorben ist, hat unendlich viel Wandlungen erlebt. Sie war als Gattin des österreichischen Botschafters in Paris die Freundin der Kaiserin Eugenie und spielte durch ihren Witz und ihre Phantasie eine große Rolle in der Gesellschaft des Pariser Kaiserreiches. Nach 1870 spielte sie die gleiche Rolle in Wien, wo sie bei allen gesellschaftlichen Veranstaltungen und allen Wohltätigkeitsfesten leitend und tonangebend war. Sie war in Wien lange außerordentlich populär, und erst nach dem Zusammenbruch des Hauses Habsburg geriet auch sie in Vergessenheit und Einsamkeit.

— **Schließung der Berliner Hotels?** Die Bedrohung der Hotels durch die Stoßtrupps, die systematisch vorgenommen sind, dehnt sich auch auf die Familienhäuser und Hospize aus. Zurzeit wird die Schließung aller Hotels am Donnerstag erwogen.

— **Ein Autounfall.** Ein von Homburg kommendes Automobil mit grellen Scheinwerfern blendete den Führer eines entgegenkommenden Autos, des Mühlenbesitzers Grubner. Der Führer wollte ausweichen und fuhr auf einen Steinhaufen. Der Wagen unterschlug sich und begrub 7 Insassen unter sich. Die Tochter des Mühlenbesitzers wurde getötet, der Führer schwer verletzt, während die übrigen 5 Insassen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen. Das Auto mit den grellen Scheinwerfern ist unerkannt entkommen.

— **Flugzeugabsturz.** Ein großes Flugzeug geriet über dem Flugplatz von Menstown in England in Brand und stürzte ab. Zwei Offiziere und 4 Monteure wurden getötet.

— **Amerikanische Besatzungstruppen in Paris.** Nach der Chicago Tribune sollen die Truppen der amerikanischen Besatzungsarmee am Rhein, die gegenwärtig zu Ehren des „unbekannten Soldaten" mit General Pershing sich in Frankreich aufhalten, nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Koblenz zurückbefördert werden, sondern auf Anweisung des Generals Pershing in Paris bleiben.

— **Shackletons „Quest" vom Sturme erfaßt.** Die „Quest", das Fahrzeug, mit welchem der Forschungsreisende Shackleton eine Fahrt in das antarktische Meer unternimmt, wurde auf der Höhe von Kap Roca vom Sturme erfaßt. Es wurde ein Hilferuf abgesandt. Ein Schlepper ist zur Unterstützung von Lissabon abgegangen.

— **Zum Tode verurteilt** wurde der Arbeiter Böhnke, welcher am 22. 10. 1920 in der Stargarderstraße in Berlin zusammen mit dem dafür zu 12 Jahren Gefängnis verurteilten Arbeitsburschen Rieding die Witwe Gilert ermordete und beraubte.

*

Prozeß gegen österreichische Kriegsschieber

Montag begann ein für acht Tage anberaumter Prozeß gegen mehrere frühere Militärbeamte des österreichischen Wirtschaftsstabes in Rumänien unter der Anklage des Mißbrauchs der Amtsgewalt und Annahme von Geschenken. Die Straftaten fällt in die Zeit der Besetzung Rumäniens durch deutsche Truppen zurück, als in Bukarest ein Wirtschaftsstab eingerichtet wurde, zu dem österreichische, ungarische und deutsche Offiziere kommandiert wurden, um die rumänischen Bodenschätze den Zentralstaaten zuzuführen. Es war ein großes Exportgeschäft, dessen Kontrahenten auch im unbesetzten Gebiet (Moldau) verbrettet waren und die zur Erreichung des angestrebten Zweckes mit Bestechung und Schmuggel arbeiteten. Einer dieser Kontrahenten, der Galatzer Bankier Rubinschein, soll auch Beamte des Wirtschaftsstabes bestochen und veranlaßt haben, daß sie nach dem Umsturz beim Liquidieren des Wirtschaftsstabes angebliche Millionenforderungen nachträglich anerkannt haben und in Wien sowie in Berlin nachträglich zur Auszahlung bringen ließen. Die angeklagten Militärbeamten behaupten allerdings, daß die Forderungen Rubinscheins zu Recht beständen und daß die bereits richtig befundenen Rechnungen Rubinscheins beim Umsturz, als binnen zwei Tagen der Wirtschaftsstab Bukarest räumen mußte und die Offiziere interniert wurden, verloren gegangen seien. Sie hätten nicht gefälscht, sondern die rekonstruierten Forderungen nur neuerlich anerkannt. In dem Prozeß spielen auch Fragen staatsrechtlicher, finanzrechtlicher und zivilrechtlicher Art hinein, da Manipulationen mit sogenannten Okkupations-Leis, einem von den Deutschen in Rumänien herausgegebenen Gelde, von denen sechzig Millionen vom liquidierenden Kriegsministerium ins Depot genommen, aber teilweise verwertet wurden, zur Erörterung gelangen werden. Diese sechzig Millionen Lei hatte das deutsche Armeekommando in Rumänien drucken lassen. Sie wurden nach Wien geleitet und hier verkauft und stehen, wie am ersten Prozeßtage bekannt gegeben wurde, aus diesem Verkauf dem Deutschen Reiche noch etwa 1½ Milliarden Kronen zu. Rubinschein ist es außerdem gelungen, den Chef der Berliner Liquidierungsstelle, den Grafen Westarp, zu beschwindeln und von der Berliner Stelle zwei Millionen Mark zurückzuverlangen, die bereits von der österreichischen Liquidierungsstelle gezahlt waren.

*

— **Messerstechereien zwischen Zivilisten und Reichswehrangehörigen.** In Augsburg kam es Sonntag nacht gegen 12 Uhr an der Ecke Kaiserstraße und Kapuzinerstraße zwischen Zivilisten und Personen der Reichswehrangehörigen auf bisher unaufgeklärte Weise zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf zwei Zivilpersonen und 5 Reichswehrangehörige durch Messerstiche erheblich verletzt wurden. Ein Verletzter, ein Hilfsmonteur, ist nach Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. In der Neubaustraße wurde ein Reichswehrsoldat von dem Händler Brandel durch einen Messerstich in der rechten Brustseite schwer verletzt. Brandel wurde verhaftet.

*

Schlafwagenkellner als Valutaschmuggler.

Wie leicht es heutzutage ist, Millionär zu werden, zeigt eine im Ostbahnhof in Wien durchgeführte Amtshandlung wegen Valutaschmuggels. Der Revierinspektor der Gendarmerieabteilung am Ostbahnhof bemerkte kürzlich einen Zivilisten, der nach dem Aufstellungsort des rumänischen Speisewagens fragte. Das kam dem Gendarmen verdächtig vor und er hielt den Fragesteller zur Feststellung an. Er fand in seiner Handtasche eine größere Menge österreichischer Banknoten zu 1000 Kronen. Der Mann legitimierte sich als der Kellner der Eisenbahnschlafwagengesellschaft Josef Komarik. Er gestand, daß er das Geld auf seiner Dienstfahrt nach Bukarest habe mitnehmen wollen, um es in der rumänischen Hauptstadt gegen Lei umzutauschen. Die Lei hätte er bei seiner Rückkehr nach Wien gebracht und hier mit namhaftem Gewinn weiterveräußert. Es wurde festgestellt, daß an diesem Valutaschmuggel auch andere Bedienstete der Schlafwagengesellschaft beteiligt sind. Eine genaue Durchsuchung des Speisewagens des Bukarester D-Zuges und besonders der Räume und Wertsachen der Schlafwagenbediensteten brachte große Summen in österreichischem Geld und in ausländischen Valuten zum Vorschein, die beschlagnahmt wurden. Die Erhebungen ergaben, daß außer Komarik an dem Schmuggel noch der Oberkellner dieses Speisewagens und der Koch beteiligt waren. Sie haben, wie das „K. N. W. J." schreibt, schon seit einiger Zeit sich mit dem Valutaschmuggel befaßt und bei den vorhergehenden Fahrten mindestens eine Million österreichischer Kronen gesetzwidrig ausgeführt und in Bukarest umgetauscht. Die bei Komarik und den beiden anderen gefundenen Beträge machen 1 675 081 Kronen in österreichischem Gelde, 3666 Lei und 1416 Mark, zusammen Werte in Höhe von 1¾ Millionen Kronen aus. Es ist offenbar, daß das ganze gefundene Geld vom Ertrag des Valutaschmuggels herrührt, der die Angestellten zu Millionären gemacht hat.

Vereinsnachrichten.

Oberaden, 6. Okt. Ein neuer Theater-Verein wurde am Sonntag im Lokale Adolf Hüsemann gegründet und ihm der Namen „Fledermaus" gegeben. In den Vorstand wurden gewählt: Heinrich Voß 1. Vors., Emil Steindorf 1. Schriftführer, 1. Kassierer Wilhelm Erdmann und Regisseur Wilhelm Vogelsang. Am Sonntag, den 8. Januar 1922 wird der erste Theaterabend veranstaltet. Das Bestreben des Vereins geht dahin, gute Kunst zu bieten und den Bewohnern durch das Spiel angenehme Stunden zu bereiten. Sonntag ist eine weitere Versammlung bei Hüsemann.

Kaiserau-Westick, 6. Okt. Der Dilettanten-Verein „Frohsinn"-Kaiserau-Westick veranstaltet am Sonntag, den 9. Oktober, im Saale des Herrn Fritz Schulz einen großen Theater-Abend. Zur Aufführung gelangt das baltige Schauspiel „Wenn Mütter fluchen". Die Bühnendekoration zu diesem Stück hat der Malermeister Wilhelm Murawski-Westick gearbeitet. Die Kostüme stammen aus dem Sommerschen Atelier in Dortmund. Zu dieser Aufführung werden Stuhlplatzkarten ausgegeben, für die 1 Mark Zuschlag zu entrichten ist. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß Kinder auch in Begleitung der Eltern keinen Zutritt haben. (Siehe heutiges Inserat.)

Sport.

Kamen, 6. Okt. Auf der internationalen Hunde-Ausstellung in Gießen, mit der die größte Suche von Jagdhunden verbunden war, erhielt von 57 teilnehmenden Tieren, Harras vom Beverbach des Herrn Försters Dechant, Haus Reck, den 1. Preis. Dieser erst 20 Monate alte Jagdhund wurde bereits vorher mit mehreren Auszeichnungen und Preisen bedacht. Die Suche in Gießen dauerte 4 Tage und wurde, auch eine Neuerung, im Film festgehalten.

Kamen, 6. Okt. Liga-Meisterschaftsspiel Kamen Sportverein 13 — Unnaer Sportklub 08 1:3 (6:1.)

Niederaden, 6. Okt. (Jugendbund Niederaden 1. Mannsch. — Teutonia Hemmerde 1. Mannsch. 6:1 [0:0].) Zum Meisterschaftsspiel der E-Klasse trafen sich am vergangenen Sonntag auf dem Sportplatz in Niederaden obige Mannschaften. Beide Mannschaften in Form führten ein schönes und faires Spiel vor. Die erste Halbzeit verlief torlos. Nach Seitenwechsel entfaltete sich größte Anstrengung, um eine Entscheidung herbeizuführen. Teutonia gelang es, ein Tor für seine Farbe zu buchen. Mit diesem Siege hat Teutonia zwei weitere Punkte erworben.

Oeffentliche Quittung.

Dem Oberschlesier-Hilfswerk überwiesen: Evangelischer Arbeiterverein Bergkamen 85 Mark; Männergesangverein Bergkamen 134 Mark; Polizeihundverein Bergkamen 423 Mark; Schlesischer Frauenverein Bergkamen 292 Mark; Gemeinde Oberberge zusammen 734 Mark; Evangelischer Frauenverein Bergkamen 600 Mark; Deutsche Bühne 150 Mark; Katholischer Arbeiterverein Bergkamen 15 Mark; Krieger- u. Landwehrverein Bergkamen 100 Mark; zusammen 2433 Mark. Dank den Gebern für ihre tätige Mithilfe, die gewiß manche Not der vertriebenen und ausgeplünderten Oberschlesier lindern wird. Das Geld ist heute an die Kasse des Kreisamtes für Wohlfahrtspflege in Hamm abgeführt worden.

Bergkamen, 3. Okt. 1921.

Mehlhoff, Amtssekretär.

Unserm werten Vereins-Mitglied

Hermann Thiel
nebst Braut

zu ihrer morgigen Vermählungsfeier die

herzlichsten Glückwünsche.

Gewidmet vom

Junggesellenklub „Einigkeit".

Südkamen, den 6. Oktober 1921.

4243



Am Dienstag morgen 2½ Uhr erlöste der Herr nach langem, schwerem Leiden meinen innigstgeliebten Sohn, unsern lieben Bruder, Schwager, Onkel, Neffen und Vetter, den

Kriegsinvaliden

Ernst Humbach

im 24. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen und Münster, den 5. Oktober 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, vom Krankenhause in Münster aus statt. 4245

Verkaufe billig:

Ia. Schäferhündin, hellgrau, 14 Monate (Säbelrute u. Stehohren) 1 weiß. ostfriesisches Schaflamm, 2mal gelammt, 1 schwarzes ostfriesisches Milchschaf, diesjährig, 1 gelben Kanarienhahn, mit Korb, 2 Jahre alt, 8 junge ausgewachsene Enten, 1 zweijähr. Truthahn, 1 Hahn, 2 bunte Zwerghühner, federfüßig, 1 Hahn, 1 jung. buntes Zwerghuhn, 1 Hahn, 1 rebhuhnfarbiges Zwerghuhn, 1 Hahn, 1 rebhuhnfarbiges, jung. Zwerghuhn ca. 20 alte und junge Hühner, ca. 15 Zentner Heu, 1 9m Vogelflinte, fast neu, 1 6chor. Zither.

Karl Conradi,
Rünthe, 4232
Kr. Hamm, Schulstraße 118.

Wollen Sie wirkungsvolle

künstlerische Plakate

zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die

Druckerei der Kamener Zeitung
Kamen.

Pass's Butter-Halle

empfiehlt:

garantiert reines Schmalz	p. Pfd.	17,00
Prima gesalz., fetten Speck	p. Pfd.	18,00
Prima ger., mageren Speck	p. Pfd.	17.00

Pass's Margarine, bekannt u. sehr beliebt, in diversen Preislagen.

Pass's Qual.-Kaffee gebr.	p. Pfd.	23.00
Pass's Qual.-Kaffee roh	p. Pfd.	19.00
Prima Kakao in ¼ Pack.	p. Paket	4.00
Prima Corned beef	p. Pfd.	8.75
Prima Tilsiter Käse	p. Pfd.	22.00
Prima Suppen-Nudeln	p. Pfd.	7.25
Prima Schnitt-Nudeln	p. Pfd.	7.25
Prima Maccaroni	p. Pfd.	8.25
Prima Pflaumen	p. Pfd.	6.00
Prima Voll-Reis	p. Pfd.	3.90
Prima Bohnen	p. Pfd.	3.50
Prima süße Haferflocken	p. Pfd.	4.50
Prima Viktoria-Erbsen	p. Pfd.	4,50
Prima Kernseife	Doppelst.	2.75
Prima Toiletteseife	p. Stück	4.00

Pass's Butter-Halle, Kamen

Weststrasse 54. Bahnhofstrasse 53. 4238



Grosser Pferde-Verkauf.

Am Samstag, den 8. Okt., vormittags 11½ Uhr, läßt die Firma Franz Wiechers aus Dortmund an der Wirtschaft Schäper in Hamm, am Markt Nr. 6:

20 gute Pferde

darunter schwere und leichte Arbeitspferde, Laufpferde, Ponys, mehrere Zuchtstuten, passende Gespanne usw., meistbietend gegen bar, Kredit und Bürgschaft verkaufen. 4239

Vogt, beeid. Auktionator u. Taxator
Hamm (Westf.), Königstr. 37 c. Fernspr. 400 u. 549.

Mondamin

zu Flammeri und Pudding
zum Verdicken von Saucen
zu Suppen für Kinder u. Kranke
zum Backen von Kuchen

! Kochbüchlein Nr. 7 b auf Wunsch umsonst von der Mondamin-Gesellschaft Heilbronn a. N. !

Unterricht

im Lauten-, Gitarren-, Mandolinen- u. Violinen-spiel erteilt

Böhm, Lehrer,
Südkamen.

Kons. geprüfte und diplomierte

Musiklehrerin

erteilt

Klavier- und Violin-Unterricht

Sprechzeit täglich 2—4 Uhr.

Maria Hahn, Kamen,

4234 Bahnhofstraße 28.

Pastor-Felke-Heilweise

Rheumatismus, Ischias, Hals-, Asthma-, Lungen-, Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-Leiden usw., besonders hartnäckige, veraltete Leiden werden unter Garantie geheilt durch

Elfriede Siebert,
wissenschaftlich ausgebildete Homöopathin.

Zu sprechen: **Jeden Freitag u. Dienstag von 9—12½ u. 2½—6 Uhr, in Kamen, Restaurant Neff, Bahnhofstrasse 9.** h4235

Demokratische Partei.

Freitag, den 7. Oktober, abends 8½ Uhr, bei W. Kümper:

Mitglieder-Versammlung

Bericht über den Parteitag in Altena. Parteifreunde willkommen.

4236 **Der Vorstand.**

Evangelisations-Woche in Südkamen.

Jeden Abend 8 Uhr bei Düfelshöft.

Donnerstag:

„Eine gewaltige Katastrophe". 4237



Drogerie Klinkmann, Weststraße 1.

Methler.

Mutterberatung

am **Freitag,** um 4 Uhr im Gemeindehaus. 17



Ziegenzucht-Verein Westick.

Am **Sonntag, den 9. Oktober, nachm. 4 Uhr,** außerordentliche

General-Versammlung

beim Gastwirt Elhoff.

Tagesordnung wird dortselbst bekanntgegeben. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet 4210

Der Vorstand.

Würmer!

Radikale Beseitigung durch echtes Wöringshofener Wurmmittel. Allein echt: Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederlage: Drog. H. P. Thiel, Kamen, Westf. Ostfr. 21. Hellweg-Drog. F. Knipping in Rünthe. 3539

Mädchen.

Guter Lohn und gute Behandlung.

Frau Otto Hölken, Barmen-Rittershausen, Wichlinghauserstr. 21.

Zu erkundigen **Westick, Mühlenstr. 54.**

---

1 braves, ehrliches

Mädchen

für alle Hausarbeit sofort oder zum 15. Okt. gesucht. 4240

Bäckerei Roggenland, Unna i. W., Schäferstraße 30.

Flottes 4242

Zweitmädchen

für sofort gesucht.

Weststraße Nr. 60.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension für sofort gesucht.

Zu erfr. in d. Geschst. der Kam. Zeit. 4206

Eine fast neue Zentrifuge, Buttermaschine, leichter Flachwagen u. ein Holländer-Pflug

zu verkaufen. 4214

Zu erfr. in der Geschst.

Siegellack

in guter Qualität

: : empfiehlt : :

Buchdruckerei der **Kamener Zeitung.**

Aus dem russischen Hungergebiet.

(Helsingforser Brief.)

(ABC) Zu den Gebieten, die durch die Mißernte und Hungersnot besonders schwer betroffen sind, gehört auch das autonome Tschuwaschengebiet, das von einer Bevölkerung von über 800 000 Personen bewohnt ist. Der hier ansässige finnisch-tatarische Stamm hat von jeher nur von der Landwirtschaft gelebt, außerdem wurde etwas Bienenzucht getrieben. Die Bevölkerung ist überaus fleißig und genügsam und hat während der ganzen Zeit des Bürgerkrieges alle Erpressungen, Drangsalierungen der Sowjetmachthaber geduldig ertragen. Jahr für Jahr wurde die Getreideablieferung, die von den Bolschewisten angeordnet war, unter schwersten Opfern pünktlich erfüllt. Daß die Sowjetregierung an der furchtbaren Hungersnot, die das sympathische Volk der Tschuwaschen jetzt betroffen hat, schuld ist, geht aus einer Tatsache hervor, die auch von der bolschewistischen Presse nicht geleugnet wird. Im Jahre 1920 als, wohl bedingt durch die Mißernte, [illegible] über die festgesetzte Norm der Getreideablieferung noch 35 Prozent abgepreßt worden: Nun ist die Lage geradezu furchtbar. Die Moskauer „Prawda" berichtet hierüber folgendes:

„Ein großer Teil der Bevölkerung ist tatsächlich bereits zur Grasnahrung übergegangen. Die Gras- und Blätternahrung hat zu einer enormen Erkrankungsziffer und Sterblichkeit, insbesondere unter den Kindern, geführt. Die Bevölkerung schlachtet das letzte Vieh und Geflügel, um Fleisch zu erhalten. Die Zahl der Verbrechen (Diebstahl und Raub) wächst. Lange Reihen von Bettlern ziehen in die Städte, können hier aber weder Brot noch ein Glas Milch ergattern, da die Preise unerschwinglich sind ..."

Die Eltern belagern mit ihren halbverhungerten Kindern die Abteilungen für „soziale Erziehung" und flehen darum, daß man ihre Kinder doch in die Kinderheime und Asyle aufnehme. Doch alle Kinder müssen zurückgewiesen werden. Das Kinderheim in Tscheboksary, einem kleinen Wolgastädtchen, verfügt nur über 20 Plätze! Die Ernte ist endgültig vernichtet. Der Roggen ist verbrannt, das Sommerkorn stellenweise überhaupt nicht aufgegangen, oder es beginnt erst jetzt mühsam die ausgetrocknete, harte Erdkruste zu durchbrechen. Selbst die Kartoffeln, die letzte Hoffnung der Tschuwaschen, sind an vielen Stellen vollständig verdorrt. In ihrer Verzweiflung beten die Tschuwaschen bald in den christlichen Kirchen, bald versammeln sie sich in Hainen und opfern den alten heidnischen Göttern. Die offizielle bolschewistische Presse ruft nun zur Hilfeleistung für die Tschuwaschen auf, die in der schweren Zeit der Republik „ihre letzten Vorräte" abgegeben hätten, d. h. schamlos ausgeplündert worden sind.

Während die offiziellen Auslandsvertretungen der Sowjetregierung neuerdings es bestreiten, daß in dem Hungergebiet eine Massenflucht der Bevölkerung begonnen hat, straft die bolschewistische Presse diese Dementis Lügen. In Sowjetrußland selbst weiß jedermann, daß Hunderttausende in panikartiger Angst vor dem Hungertode den Wanderstab ergriffen haben. Da hat sich denn auch die bolschewistische Presse auf den Standpunkt gestellt, daß es gar keinen Sinn hat, diese Massenflucht zu leugnen. So schreibt Rafalowitsch in der Moskauer „Prawda" wörtlich über die Massenflucht:

„Auf einer Strecke von 1500 Werst, längs der Bahnlinie, aus dem Wolgagebiet über die Kirgisenrepublik und durch Turkestan geht eine erschütternde Massenwanderung von Hunderttausenden von Greisen, Weibern, Kindern und auch erwachsenen, arbeitsfähigen Männern vor sich. Sie bitten nicht mehr um Brot. Sie flehen einen an, ihnen auch nur eine verschimmelte Brotrinde zu geben ..."

Bei der Station Aktjubinsk, etwa 250 Werst hinter Orenburg, an der Bahn Orenburg—Taschkent hat Rafalowitsch — er schildert es in der „Prawda" — mit eigenen Augen gesehen, wie ein Greis einen „Klumpen trockenen Schmutzes von der Erde aufhob und herunterschluckte ...."

Mit Bauern aus dem samaraschen Gouvernement hat sich der genannte Gewährsmann der „Prawda" über das aus Melden gebackene Brot unterhalten. Ein Gemisch von Lindenblättern, Sauerampfer und Melden wird fein zerstampft und abgebrüht, darauf ausgepreßt, getrocknet, dann mit Mehl — soweit es noch vorhanden ist — vermengt und fein zerrieben. Das ist das Brot, das jetzt Hunderttausende von russischen Bauern essen. Das Brot ist grün und selbst die Farbe des Urins der sich mit diesem Brote nährenden Menschen wird grün. Die Bauern erzählen, daß dieses Meldenbrot (Bebeda) garnicht so schlecht schmecke, schlimm aber sei es, daß der Mensch nach dem Genuß dieses Brotes baly anschwelle und sich im Magen angeblich Würmer zeigten .....

Die ausländischen Vertretungen der Sowjetregierung leugnen die Massenflucht der russischen Bauern, alle die Sowjetgesandten, die im Ueberfluß im Auslande leben, prassen und Orgien veranstalten, sie alle wissen nur zu berichten, daß einzelne Dörfer tatsächlich ausgewandert seien, von einer Massenflucht aber nicht gesprochen werden könne. Die bolschewistische Presse weiß anderes zu berichten. „Man muß um jeden Preis den unorganisierten Auszug der Bauernbevölkerung des Wolgagebietes zum Stehen bringen, sonst geht drei Viertel dieser Bauernschaft zugrunde und wird eine noch größere Anzahl der ansässigen Bevölkerung durch Epidemien in den Untergang mitreißen. — Das schreibt die „Moskauer Prawda".

Die Lusitania-Lüge, ein amerikanisches Verbrechen.

Als im Jahre 1917 Northcliffe den mit Wilson nach Europa gekommenen amerikanischen Journalisten ein Fest gab, erklärte Stephan Wise, daß die Vereinigten Staaten niemals neutral gewesen seien. „Lusitania oder keine Lusitania, Unterseekrieg oder kein Unterseekrieg, Amerika wäre doch an der Seite Englands in den Krieg gegangen und unter keinen Umständen abseits geblieben sobald Amerika notwendig war, um England und Frankreich gegen Deutschland beizustehen". (O. Hartwich „Die große Lüge". Dieses wertvolle Eingeständnis über Amerikas Kriegseintritt kann nicht hoch genug bewerten werden. Wie erstaunt ist man aber zu erfahren, daß die seinerzeit in Szene gesetzte amerikanische Propaganda über die von einem deutschen U-Boot torpedierte „Lusitania" überhaupt auf einer großen Lüge aufgebaut ist. Es ist noch in aller Erinnerung, daß immer wieder in die Welt hinausposaunt wurde, die „Lusitania" habe ihren Kriegsmaterial, vor allem keine Munition an Bord gehabt. Umso aufsehenerregender ist die Nachricht, die die „Bayr. Nationalzeitung" vom 22. August ds. Js. aus St. Louis bringt. Nach ihr hat die dort erscheinende „Abendschule" in einem mit „Lusitania — jetzt sich heraus!" überschriebenen Aufsatz eine in Neuyork gehaltene öffentliche Rede des ehemaligen Hafensteuerkollektors Dudley Field Malone veröffentlicht. Hierin hat dieser Mann, der sich seinerzeit um die Wahl Wilsons so verdient gemacht hat, daß er „mit dem bedeutendsten Bundesamte in Neuyork belohnt" wurde, erklärt, daß die „Lusitania" bei ihrer Versenkung „2400 Kisten Patronen für die britische Regierung an Bord hatte und daß diese Patronen 11 Tonnen schwarzes Pulver enthielten". „Wenn die Taten der Verwaltung Wilsons offenbart werden", sagt Malone, „wird die Welt erkennen, daß keine Regierung je zuvor solch ein Regiment der Unterdrückung und Heimlichkeit führt. Als La Follette seine Anklage erhob, sollte er sofort aus dem Senat ausgestoßen werden, und wir alle erinnern uns, wie er mit knapper Not diesem Schicksal entging. Bei dem Verfahren vor dem Senatsausschuß verlangte er die Vorlegung des Berichts des Hafeneinnehmers von Neuyork (Malone selbst hatte ihn geschrieben) über die Ladung der „Lusitania". Das Schatzamt verwies ihn an das Staatsdepartement und dieses verneinte sich, da der Bericht ein Teil des Geheimarchives sei. Nicht nur La Follette, sondern auch noch andere Leute wurden während des Krieges verfolgt oder allerlei Schikanen ausgesetzt, wenn sie ähnliche Andeutungen machten. Aber nicht nur das amerikanische Volk, auch die ganze Welt ist da von seiten unserer Regierung erbärmlich belogen worden. Unverantwortlich betrogen wurden von ihr auch die vielen Hunderte von Opfern der „Lusitania"-Versenkung, die sich mit Wissen der Regierung auf das schwebende Pulverfaß begaben. Wird man nicht mit solchen Verbrechern noch gerichtlich abrechnen? Wie durfte denn seinerzeit der Richter das Urteil fällen, die „Lusitania" habe keine Munition an Bord gehabt, und die Regierung auch dazu schweigen?"

Das Ende der Rheinzollschranke.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist entsprechend der der deutschen Regierung gemachten Eröffnung in der Nacht zum 3. Oktober die sogen. „Binnenzollinie" im besetzten Gebiet gefallen und die westliche Zollgrenze wieder unter deutsche Leitung gestellt. Alle Verordnungen der Rheinlandkommission, soweit sie auf Grund der Londoner Konferenz ergangen waren, sind aufgehoben worden. Für die Uebergangszeit hat sich die Entente indessen bestimmte, nicht unwesentliche Vorbehalte gemacht. So soll die sogenannte „Freiliste" des interalliierten Zollkomitees noch drei Monate Gültigkeit haben. Ferner wird das Ein- und Ausfuhramt seine Tätigkeit unter interalliierter Leitung so lange fortsetzen, bis seine Einigung über die Ausgestaltung des bekannten „Kontrollorgans" erfolgt ist. Die Verhandlungen über die Einrichtung des Kontrollausschusses werden am 10. Oktober in Koblenz beginnen.

Französischer Revolverheld im D-Zuge.

(TU) In einem überfüllten D-Zug Berlin-Köln nahm ein französisch sprechender Ausländer mit einer deutschen Begleiterin ohne Berechtigung ein Abteil 1. Klasse in Anspruch. Als man einigen Frauen Plätze in dem Abteil anwies, bedrohte der Ausländer, der sich als Diplomat ausgab, mehrere Fahrgäste, darunter den Reichstagsabgeordneten Sollmann aus Köln, mit einem geladenen Revolver. Auf dem Bahnhof Zoo in Berlin gelang es, den Schützen zu entwaffnen. Sipoleute brachten ihn und seine Begleiterin aus dem Zuge und konnten sie kaum vor dem Zorn der Menge schützen. Der Ausländer, der sich mitten in Deutschland mit einem geladenen Revolver ein Abteil 1. Klasse sichern wollte, wurde als ein französischer Privatangestellter, angeblich als Chauffeur angestellt.